Gregory T. Jasion, John S. Shrimpton, Matthew Danby, K. Takeda

Performance of numerical integrators on tangential motion of DEM within implicit flow solvers.

Im Kontext der Diskussion um die Einführung von so genannten Bildungsgutscheinen in Deutschland berichtet der Beitrag über internationale Erfahrungen mit diesem Instrument der Hochschulfinanzierung. In einem ersten Schritt wird der Einsatz von Bildungsgutscheinen (Vouchers) im Hochschulbereich erörtert. Dabei gliedern sich die Ausführungen in (1) die Erwartungen an Gutscheine, (2) den Gutschein-Nennwert sowie (3) die Ausgestaltung der Gutscheine. In einem zweiten Schritt folgen die bisherigen Erfahrungen in anderen Ländern mit dieser Form der Bildungszuteilung bzw. des Finanzierungssystems. Sie umfassen: (1) das so genannte GI-Bill für zurückkehrende amerikanische Soldaten des 2. Weltkrieges, (2) das dänische Klippekort-System, bei dem die Studierenden 70 Gutscheine erhalten, die sie frei auf ihre Studienzeit verteilen dürfen sowie (3) Erfahrungen mit Gutscheinen in anderen Bildungsbereichen in England, Wales, Chile und den USA. In einem Fazit stellen die Autoren fest, dass die Diskussionen um den Bildungsgutschein als neues Finanzierungsinstrument schwierig sind, aber Bewegung in verkrustete Strukturen bringen, so dass Träger und Bildungseinrichtungen sich Gedanken um die Qualität ihrer Angebote machen und sich mehr am Bedarf der Subjekte orientieren. Doch die vorliegenden Erfahrungen mit Gutscheinmodellen reichen noch nicht aus, um differenzierte Aussagen über die erwarteten Steuerungswirkungen von Gutscheinen zu treffen. Erst durch eine spezifische Konkretisierung des Konzeptes und die Auswertung der bereits gemachten Erfahrungen können Vorteile und Wirkungen untersucht werden. Hierbei sind auch die jeweiligen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die dazu führen können, dass bestimmte Ansätze in dem einen Land funktionieren und in einem anderen nicht. (ICG2)

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikerinnen Teilzeitarbeit als ambivalente Strategie für Frauen Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998: Altendorfer 1999; Tálos 1999). wird wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als "Zuverdienst" von Ehefrauen und männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das male- breadwinner-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit verkürzte als "Bedürfnisinterpretation" (Fraser 1994) identifiziert:

Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschafterInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der "Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit" im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engage-ments (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2002s (Nationalrat, Bundesrat,